

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

56 (7.3.1918)

Verfassungsmäßige Mittel zur Wahlreform.

In seiner Solinger Rede hat der Vizepräsident des Preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärt, daß die Regierung zur Durchführung der Wahlreform alle verfassungsmäßigen Mittel bis zur Erschöpfung anwenden werde. Nur wenn die Regierung schließlich zu der Überzeugung gelange, daß das Volk ihren Willen nicht teile, würde sie sich fügen müssen. Dieser Fall komme aber gerade bei der Wahlreform nicht in Betracht, da sich die Regierung hier auf die breite Masse des Volkes stützen könne.

Der taktische Zweck dieser Ministerrede ist klar. Herr Dr. Friedberg sucht im preussischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für die Wahlreform und will für diese vor allem seine nationalliberalen Parteigenossen gewinnen. Diesen versucht er nun auseinanderzusetzen, daß ihr Widerstreben nur der Partei schaden könne, aber seinen eigentlichen Zweck niemals werde erreichen können, denn sei es wie es sei, die Wahlreform mit dem gleichen Wahlrecht komme ja doch.

Ob dieser Appell an die realpolitischen Instinkte der Nationalliberalen Erfolg haben wird, steht noch dahin. Für den plutokratisch-industriellen Teil der Partei handelt es sich, ebenso wie für das Junkertum, jedoch um ein bißchen zuviel. Und selbst wenn die Vorlage den Engpaß des Abgeordnetenhaus' passiert, so kommt sie erst recht noch vor die Portale des preussischen Herrenhauses. Dieses kann allerdings noch durch manche Revidierung, müssen und die Anwendung des Radikalmittels zur Erziehung ungezogener Herrenhäuser dürfte bei der Regierung selbst auf starke Bedenken stoßen, denn ernannte Mitglieder kann man nicht wieder abheben, und zu leicht könnte es zum Schluß heißen: „Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los“. Ein Neben- oder Hauptzweck, der mit der Wahlreform verfolgt wird, ist ja auch die Reform des Herrenhauses, des ein Gegengewicht gegen ein zu demokratisches Abgeordnetenhaus bilden soll. Die Regierung wird sich also nicht so leicht dazu entschließen, durch die Ernennung einer großen Zahl erprobter Wahlrechtsfreunde zu Herrenhausmitgliedern auch noch das Herrenhaus zu radikalisieren.

Die Frage, was Herr Dr. Friedberg unter der Anwendung aller verfassungsrechtlichen Mittel bis zur Erschöpfung versteht, hat also nicht bloß theoretisches Interesse. Von Staatsrechtslehrern und Juristen ist sie in der letzten Zeit mit viel Aufwand von Gelehrsamkeit und Scharfsinn unterucht worden, wobei uns weiter nicht verwundert, daß die verschiedenartigsten einander widersprechenden Auffassungen zu Tage getreten sind. So zweifelt man darüber, ob die sogenannte Re-Öffnung zulässig ist oder nicht, d. h. ob der König, ebenso wie er das Doppelwahlrecht durch einen nachträglich genehmigten Verfassungsbruch eingeführt hat, es auch wieder auf diesem Wege beseitigen könne. Von Anhängern dieses Verfahrens ist auch der Vorschlag gemacht worden, dabei die preussischen Mitglieder des Reichstags zur Mitwirkung heranzuziehen. Man hat hier sozusagen neben dem preussischen Abgeordnetenhaus eine andere, sogar eine wirkliche preussische Volksvertretung entdeckt, die von der Regierung jederzeit einberufen werden könnte. Der fruchtbarste Gedanke ist, wenn wir nicht irren, wert von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindemann in der „Vossischen Zeitung“ angeregt worden, und hat bereits in der Weise das höchste Entschieden der konservativen Presse erregt. Die „Kreuzzeitung“ schlug die Hände über dem Kopf zusammen, daß ein Jurist ein solches Vorgehen für juristisch zulässig halte. Wir sind in der Jurisprudenz etwas weniger, in der Geschichte dafür desto mehr befangen und nehmen es deshalb auf unsern Eid, daß die preussische Regierung, wenn sie etwas zu tun für politisch notwendig hielt, stets auch die erforderlichen Professoren fand, die bewiesen, dies wäre auch staatsrechtlich zulässig.

Recht verweigert schien allerdings neulich der Professor Bornhak im „Berliner Tageblatt“. Dieser ging dort alle staatsrechtlichen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten durch, um sie alle zu verwerten und schließlich landete er bei der Reichsgesetzgebung, oder richtiger, er strandete hier, weil er verzeigend erkannte, im Bundesrat werde sich für die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit finden.

Es ist merkwürdig, daß dem Professor Bornhak nicht ein Gedanke gekommen ist, der in politischen Kreisen schon längst erwohnen wird. Das allgemeine gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten wird von der Sozialdemokratie grundsätzlich gefordert. Kein Mensch wird deswegen das gleiche Wahlrecht in Preußen ablehnen wollen, weil in Waldeck und in Schwaburg-Kudofstadt noch irgend ein Klassenwahlrecht besteht. Man könnte also für den Augenblick mit einem Reichsgesetz zufrieden sein, das das gleiche Wahlrecht nur in Preußen einführt, die anderen Bundesstaaten unberührt läßt.

Natürlich kann das Reich kein besonderes Gesetz für Preußen erlassen. Aber die Verpflichtung, das gleiche Landtagswahlrecht einzuführen, läßt sich reichsgesetzlich auf solche Bundesstaaten beschränken, auf die besondere Merkmale allgemeiner Art zutreffen. Jeder Staat hat eine bestimmte Quadratmeterzahl und eine bestimmte Bevölkerungszahl, von ihrer Größe hängt das Interesse des Reiches an der inneren Gestaltung des Bundesstaates ab. Es wäre also sehr gut ein Reichsgesetz denkbar, das erstens einmal allen Bundesstaaten eine Verfassung mit einer gewissen gesetzgebenden Körperschaft vorschreibt, und das zweitens hinzufügt, wenn der Bundesstaat mehr als tausend Quadratmeter Fläche oder mehr als hunderttausend Millionen Einwohner besitzt, müsse die Wahl nach allgemeinem gleichem Wahlrecht erfolgen.

Ein solches Gesetz würde gerade nach preussischer Auffassung in keiner Weise den Charakter eines Ausnahmegesetzes tragen, ist doch in Preußen sogar haardarf bewiesen worden, daß die Polengesetze keine Ausnahme Gesetze sind. Mit demselben und noch viel besserem Recht wird man beweisen können, daß ein Reichsgesetz, das nur für große Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht vorschreibt, kein Ausnahmegesetz gegen Preußen ist. Undes, Ausnahmegesetz oder nicht, eine Mehrheit dafür wäre im Bundesrat sicherlich vorhanden, denn auch die Minister von Sachsen und Mecklenburg-Schwerin sind für das gleiche Wahlrecht, wenn andere damit beklüftet werden sollen.

Auf alle Fälle wird ein Weg zu finden sein, und ist nicht in der Hand eines anderen.

Ausland.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid, 6. März. (W. B. Nicht amtlich.) Santos. Die neue Kammer wird sich folgendermaßen zusammensetzen: 95 Demokraten, 30 Anhänger Romanones', 30 Anhänger Albas, 10 unabh. Liberale, 98 Konserverbale, 27 Anhänger Rauras, 20 Anhänger La Cierbas, 3 unabh. Konserverbale, 9 Don Juanisten, 2 Katholiken, 1 Agrarier, 15 Republikaner, 9 Reformisten, 6 Sozialisten, 1 unabh. Republikaner, 20 Catalanier, 3 nationalistische Republikaner, 3 anatolische Nationalisten, 7 kastilische Nationalisten, 1 agorischer Regionalist, 1 andalusischer Regionalist.

Deutsches Reich.

Die Wiedereinstellung der aus dem Heeresdienst entlassenen Privatangehörigen bei ihren früheren Arbeitgebern.

Die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände hatte um Erlass gesetzlicher Bestimmungen gebeten, die dem Handelsangestellten ein Anrecht auf Wiedereinstellung in ihrer früheren Stellung verleihen. Sonst könnte es kommen, daß die Angestellten infolge der Verteilung ihrer Posten mit weiblichem Personal nach Rückkehr aus dem Felde arbeitslos blieben.

Anfolge eines Beschlusses des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe fand im Reichsamt des Innern eine Aussprache mit Vertretern der kaufmännischen Verbände und Geschäftsinhaber statt, die aber zu keinen befriedigenden Ergebnissen führte. Die Prinzipale erkannten zwar die Ehrenpflicht der Wiedereinstellung an, sträubten sich aber gegen jede gesetzliche Verpflichtung. Die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände ist deshalb erneut an die gesetzgebenden Stellen des Reiches herangetreten und hat unter Hinweis auf die schon erlassenen Bestimmungen in Oesterreich im Wiederaufnahme der Verhandlungen gebeten. In dem zu schaffenden Gesetz sollten Schlichtungsausschüsse vorgezogen werden, die, wenn keine Einigung zwischen dem Prinzipal und seinem früheren Angestellten erfolge, ein Urteil abzugeben hätten. Im Falle der Nichtwiedereinstellung sollte dem Angestellten auf sechs Monate das frühere Gehalt gezahlt werden.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe des Reichstages hat heute zu der neuen Eingabe Stellung genommen. Ein Regierungsvertreter führte dazu aus, die Verhandlungen seien überhaupt noch nicht gänzlich abgebrochen, sondern nur auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es handle sich darum, „Mittellinien“ aufzustellen, mit denen man weiter kommen als mit einer gesetzlichen Regelung, die schwer durchführbar sei, wie sich auch in Oesterreich herausgestellt habe. Der Ausschuss beschloß schließlich, die erneute Eingabe der Angestelltenverbände auf Erlass eines Gesetzes den verbündeten Regierungen „als Material“ zu überreichen. Im weiteren soll das Reichswirtschaftsamt beauftragt werden, die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Angestellten über die Wünsche der letzteren in der Eingabe vom 3. November 1917 weiterzuführen, um eine Einigung zu erzielen.

Bayer und die Konserverbale.

Die „Kreuzzeitung“ widmet von ihrem Wochenrückblick im Ausmaße von drei Spalten den größten Raum einer neuerlichen Heße gegen den Vizekanzler von Bayern. Es heißt da:

„Das Gehalt des Vizekanzlers steht im Etat der Reichskasse. Es wurde im Herbst vorigen Jahres für den Staatssekretär Helfferich bekanntlich mit der Begründung angefordert, daß dieser zur Vertretung des Kanzlers bei der Lösung bestimmter, ganz besonderer Aufgaben wirtschaftlicher Art bei den Friedensverhandlungen berufen sein solle. Hinguzugewandt wurde damals nicht nur von der Regierung, sondern besonders von den Mehrheitsparteien, daß der Vizekanzler nicht die Aufgabe haben solle, parlamentarischer Sprechminister zu sein oder als Mitglied zwischen dem Reichstage einerseits und dem Kanzler und den Staatssekretären andererseits zu dienen, da diese die ihnen ortliegende parlamentarische Verantwortung unmittelbar tragen sollten. Diese Voraussetzungen für die Gehaltsbewilligung sind allerdings nun hinfällig geworden. . . . Somit wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht Herr v. Bayer nicht einige Vortragende Räte beizugeben seien, die ihn über alles, was er sprechen will, informieren und die Fühlung zwischen ihm und den übrigen Instanzen der Regierung aufrechterhalten. Bisher scheint es an dieser Fühlung stark zu fehlen, sonst könnten so offensichtliche Irrtümer, wie sie ihm unterlaufen sind, kaum vorkommen.“

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 35. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 6. März.

Präsident Kayf eröffnete um 9¼ Uhr die Sitzung.

Voraussetzung des Ministeriums des Innern.

Auf Antrag des Abg. Schöfer (Zentr.) soll über die Anforderung von 100 000 M. als Zuschuß an die Stadt Karlsruhe zu den Kosten der für 1918 geplanten Jubiläumsausstellung namenslos abgestimmt werden. Aus den Erläuterungen zu dieser Anforderung ging hervor, daß der Stadt Karlsruhe aus den Vorarbeiten für diese Ausstellung Kosten in Höhe von 450 000 M. entstanden sind. — Staatsminister v. Rodman begründet die Anforderung mit dem Hinweis, daß es sich bei der Veranstaltung der Ausstellung um eine Landesausstellung gehandelt, an der der badische Staat großes Interesse gehabt habe. Der Staat habe für die Ausstellung 300 000 M. ausgelagt; es sei Ehrensache des Staates, die Stadt Karlsruhe jetzt nicht im Stich zu lassen.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Die Mittelungen des Herrn Staatsministers haben auflärend gewirkt und konnten manchen Zweifel beseitigen.

Abg. Marum (Soz.) betont, es sei Aufgabe des Staates, der Stadt Karlsruhe einen Zuschuß zu diesem Defizit zu leisten für eine Aufgabe, die im Landesinteresse in Angriff genommen worden ist.

Abg. Reumann (Nat.): Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß es sich um ein gemeinsames Unternehmen der Stadt Karlsruhe und des Staates handelt. Es ist auch äußerst zweifelhaft, ob die Stadt Karlsruhe bei der Ausstellung ein Geschäft gemacht hätte.

Abg. Weidhaupt (Zentr.) führt aus, er sei es gewesen, der in der Haushaltskommission den Antrag auf Streichung des Zuschusses von 100 000 M. gestellt habe. Die bisherigen Ausführungen der Vorredner hätten ihn nicht in der Ansicht bestärken können, daß es notwendig sei, der Stadt Karlsruhe einen Zuschuß für die Jubiläumsausstellung zu geben. Für das Badische geschähe viel weniger, als für die großen Städte, für die mit sehr große Summen bewilligen.

Staatsminister v. Rodman bemerkt zu dieser letzten Aeußerung, sie sei unrichtig; ein Blick in den Staatsvoranschlag beweise dies. — Nachdem Abg. Hertle (N. Bgg.) sich zu der Anforderung ablehnend geäußert hatte, wurde die Position mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion und der Rechtsstehenden Vereinigung.

Bei der Anforderung von 20 000 M. zu den Kosten der Handelskammer bespricht Abg. Niederhülsh (Nat.) die Tätigkeit dieser Kammer und nimmt sie gegen Angriffe von anderer Seite in Schutz. — Abg. Gschlaser (Zentr.) betont, die Klagen, daß sich die Handelskammer und Gewerbevereine nicht mehr auf der Höhe befinden, sind allgemein. — Abg. Weidhaupt (Zentr.) führt aus, daß in Handelsverträgen auf dem Lande große Mißverständnisse über die Organisation herrsche. Die Gewerbesteuerungen kamen in die Städte, der Handwerker auf dem Lande erhielt nichts. — Abg. Niederhülsh (Nat.): Ich meine, zahlreiche Klagen auf dem Lande habe ich von einer solchen Stimmung nichts gehört.

Die Abg. Krauß (Nat.) und Vanhöpff (N. Bgg.) besprechen die Notlage der Redaktionsleiter; die Regierung möge entsprechende Gesuche unterstützen. — Es folgt die Beratung des Titels

„Förderung der Landwirtschaft“.

Abg. Seubert (Zentr.) begründete seine hierzu vorliegenden Interpellationen über den Branntweinberke h. In der Interpellation wird auf die großen Preisunterschiede zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis für Edelbranntwein und auf die ungleichmäßige Handhabung der Besteuerung bezüglich des Branntweins mit Branntwein in den verschiedenen Bundesstaaten aufmerksam gemacht. Weiter wird auf die enorm hohen Preise für angusaffende gasförmige Brennstoffe und die im Verhältnis hierzu sehr niedrigen Preise für abkühlende kupferne Destillationsapparate hingewiesen und an die Regierung die Frage gerichtet, ob ihr bekannt ist, daß in Mittelbaden die Kleinbrenner von Ganslern aufgefordert werden, bis spätestens 1. März ds. Js. sich Erlass für kupferne Brennstoffe zu verschaffen, unter der Androhung, daß sie sonst ihr Brennrecht verlieren? Ist die Androhung, das Brennrecht zu verlieren, berechtigt? In seiner Begründung wies der Redner u. a. darauf hin, wie sehr verschieden die Preise für Brannt- und Zweifelhentwasser in Norddeutschland und in Baden seien. Im Hinblick auf die große Seite in Ausland und die noch vorhandenen Kupferbrennere möge man den Kleinbrennern die Kupferbrennere belassen.

Zu dem Titel „Landwirtschaft“ selbst führte Redner aus, daß die augenblicklich angeordnete Erlaubniserte in der Landwirtschaft schwer empfunden werde. Der Amtsdirektor in Offenburg habe sein Verständnis für landwirtschaftliche Interessen; die Bauern flohen sehr über die Maßnahmen des dortigen Bezirksamtes. Man kann den Amtsdirektor in Offenburg sehr gut als den Totengräber des Willens zum Durchhalten bezeichnen.

Ministerialdirektor Weingärtner beantwortete die Interpellation dahin, daß die Regierung die verschiedensten Schritte unternommen habe, um den fahigen Brennen so lange als möglich ihre Brennrecht zu belassen. Die Einziehung der Kessel war im militärischen Interesse aber schließlich ebenso notwendig wie die der Glocken und Denkmäler, die jetzt kommen wird. Für Zulassungen zu Landarbeiten hat das Ministerium die nötigen Schritte unternommen. Der Beamte des Bezirksamtes Offenburg, über den Klagen vorgebracht wurden, ist der Amtmann Franz, der zuvor in Hofsheim tätig war, und dessen Verlegung von dort nach Offenburg einer Kommission von Bürgermeistern Anlaß gab, im Ministerium vorstellig zu werden mit der Bitte, diese Verlegung zurückzunehmen, da der betr. Beamte sich besonders gut bewährt hat. Der Amtsdirektor in Offenburg ist einer unserer tüchtigsten Beamten. Dem erwähnten Landwirt, dem auf Anordnung des Offenburger Bezirksamtes als Sektorenberechnungsmann wurde, geschä recht, denn er hat gegen die Vorschriften verstoßen und Getreide versteckt. (Abg. Seubert: Das ist nicht richtig!)

Sodann begründete Abg. Seubert (Zentr.) seinen nochmals eingebrochenen Antrag über das Brennen der Tobinambur (Mokkoffel).

In Verbindung mit der Interpellation und dem eben erwähnten Antrag hand der Antrag der Abg. Muser (Z. B.) und Genossen betr. die Ernennung einer noch zu bestimmenden Zahl von Sigen und Stimmen in der Landwirtschaftskammer an solche Städte, die selbst Anbauer erheblicher landw. Betriebe sind.

Abg. Muser (Z. B.) begründet seinen Antrag, dem die Justizkommission in einer etwas geänderten Fassung mit Mehrheit zugestimmt hatte. Der Redner betonte, daß durch seinen Antrag die Grundlagen der Landwirtschaftskammer keineswegs erschüttert oder verändert würden; im Gegenteil würde dadurch das Gesichtsfeld der Kammer erweitert werden und sie würde erfahren, wie ihre Maßnahmen im Lande auf die große Masse wirkte. Weiter teilte Abg. Muser mit, daß er seinen Antrag auf zur Erreichung des Zuschusses des Staates an die Landwirtschaftskammer aus budgetären Gründen abgeändert habe dahingehend, daß der Betrag zur Beschaffung der allgemeinen Verwaltungskosten von 30 000 M. auf 10 000 M. ermäßigt und der Staatszuschuß zu den der Landwirtschaftskammer durch ihre Tätigkeit erwachsenen Kosten von 40 000 M. auf 20 000 M. herabgesetzt werde. Der Redner wies darauf hin, daß sich die Einnahmen der Landwirtschaftskammer in den letzten drei Jahren sehr bedeutend gesteigert haben, und für die Jahre 1916, 1917 und 1918 auf 2 Millionen zu schätzen sein werde. Deshalb sei eine mögliche Einschränkung des Staatszuschusses notwendig. Sodann wird in die Beratung des Titels „Landwirtschaft“, in die Besprechung der Interpellation und der Anträge eingetreten.

Präsident Kayf teilt mit, daß sich schon 18 Redner zum Wort gemeldet haben.

Abg. Müller-Weinheim (Nat.) bespricht den Rebsbau. Eine Anbauvermehrung wird nur zu erreichen sein, wenn man den Preis für Rebs erhöht. Wesentlich verhält es sich mit dem Flachsbaum. Sollte in Stadt und Land den Hausfrauen die Aufgabe gemacht werden, die Weibzeug abzugeben, so würde ein Sturm und Entzündung durch das Land gehen. Für eine Steigerung des Rebs- und Flachsbaus könne man einen Zwangsbanau empfehlen. Eine Förderung der Schaafzucht ist gleichfalls anzutragen. Dem

zung Seubert
gang der
halte ich
Antrag
zu ermä
für ganz
Abg.
laues ist
mehr auf
besseren
kennt sind
dieser ist
mit den
sehr gütig
dem ihm
Führung
jede mit
füllt woll
Schluss ist
eine gewis
Befürwort
daß die r
staus eing
stiff wird.
um schne
Landgemein
Abg.
generiert
Rechtanwe
brachen wo
Mafenerit
unseren ein
immer noch
Freisgau u
Rebarten, d
ten. Der A
burg ist se
auch für d
allerdings
Abg. M
nach d
denn sie w
viele Ausb
nag werde
stößt in d
mengen Vie
tehrung in
große Wids
landwirtschaft
sie von den
dem Ernt
Nach e
Schulnahme
1/2 Uhr ge
wittag 9 1/2
Der A
legte gester
schrift über
der Behand
dem Gebie
geäußert, e
bei den St
auch die G
anleihen, w
Bei U
männlich
mission der
bisher auf
auch den G
Regierung
nicht allen
mitteln, son
lungen, wo
da wo sie
Sozialb
menden Sar
eine Partei
Antrag hat
daß sie in
den Bürger
Wahlkreise
Mannhe
Normittag e
infolge geit
kommen.
Seebach,
ammlung d
hafte die
wären, daß
Vereinigung
mit dem ih
zu lassen.
Appenwe
Erzbischof
in der Aus
Der Zuschuß
wurde zwei
kommen. D
Luz unter
Weinheim
Nach Reich
Erzbischof
Wahlen.
Ertrakt
müsse ein
ten. Er nat
zwischen den
sämere Verte

es gewesen, der Streidung der bisherigen Ansicht der Ansicht der Karlsruhe einen für das Land, für die Wirtschaft...

Seit der letzten Staatsvoranfrage (1914) die Tätigkeit sich zu der die Position mit bestimmten mehreren bestehenden den Kosten der die Tätigkeit von anderen, die Wagen, eine nicht mehr, eine zweite, die neue, die neue Steuer nur in Verbindung mit genügendem, der nach Menge, sondern nach Wert, der nach Menge, sondern nach Wert, der nach Menge, sondern nach Wert...

Die Gehaltsfrage der kaufmännischen Angestellten.

Karlsruhe, 7. März.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Lage der kaufmännischen Angestellten eine schlechte ist, daß die Gehaltsverhältnisse die denkbar traurigsten sind, so hätte die gestern Abend im großen Saale des „Friedrichshofes“ stattgefundenen Versammlung diesen Beweis vollumfänglich erbracht. Es auf dem letzten Platz war der geräumige Saal besetzt, es waren über 4-500 Personen anwesend, besonders stark war über die Hälfte, waren die weiblichen Angestellten erschienen. Die Karlsruher Kaufmännischen Angestelltenvereine, die Angehörigen der verschiedenen Berufsstände, die Angehörigen der verschiedenen Berufsstände, die Angehörigen der verschiedenen Berufsstände...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 7. März.

Die hohen Löhne.

Trotzdem nachgewiesenermaßen nur ein Teil der Arbeiter bessere Löhne als im Frieden verdient, wird auf diese hohen Löhne nicht nur fortgesetzt verallgemeinert, sondern hingewiesen, es werden auch die tollsten Schlüsse daraus gezogen. Das Reich, der Staat, die Gemeinde und die einzelnen Gruppen von Geschäftsleuten, Hausbesitzer, Gewerbetreibende usw. berufen sich bei ihren Bestrebungen, den Geldbeutel der Arbeiter zu schröpfen, darauf, daß die Arbeiter doch sehr gut verdienen und daher die verlangten Opfer schon bringen könnten.

Selbst in jenen dünnen Schichten der Arbeiterklasse, wo durch die Beschäftigung in Munitions- oder sonstigen Kriegsbetrieben — auch hier sind es wieder nur gewisse Spezialschichten, die höher verdienen — bessere Löhne verdient werden, ist doch nicht alles Gold, was glänzt. Durch die gesteigerten Anforderungen des täglichen Lebens und Bedarfs werden diese Löhne meist wieder aufgebraucht. Sodann werden Kleider, Haushaltungsgegenstände usw. täglich mehr abgenutzt, ohne daß sie ergänzt werden können. Ersparungen können aber nur in den seltensten Fällen gemacht werden, so daß die große Masse der Arbeiter die trübe Aussicht hat, daß sie trotz der geringen hohen Löhne während des Krieges nach dem Kriege ärmer dastehen als vor dem Kriege. Deshalb muß dem allmählich zum groben Unfug ausartenden Gebrauche von den „hohen“ Löhnen der Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Arbeiter-Jugend.

Seitens 70 Geburtstag begeht morgen unser Parteigenosse...

Seitens 70 Geburtstag begeht morgen unser Parteigenosse Eisenbrüder Jakob Kraft in Mühlburg. Seit Weichen unferes Blattes treuer Abonnent, war er stets eifrig bemüht, in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung unserer Sache zu dienen. Auch auf anderen Gebieten war er tätig; so gründete er seinezeit eine Filiale der Offenbacher Arbeiterklasse, welche er seit über 25 Jahren zur höchsten Zufriedenheit verwalte. Sein freundliches, immer heiteres Wesen machte ihn in allen Kreisen beliebt. Wir wünschen ihm einen ruhigen und sonnigen Lebensabend.

Gemeinschaften.

Rur Anzeige gelangte ein in der Offstadt wohnhafter Händler, weil er in der letzten Zeit in seiner Werkstatt zwei Schweine heimlich abgeschlachtet.

Städt. Ackerhaus.

Am Sonntag, 10. ds. Mts., abends 7 Uhr wird der Schwanz „Herrschafflicher Diener gesucht“ durch das Personal des Hoftheaters aufgeführt.

Gr. Hoftheater.

Das dreitägige Lustspiel „Die gefährlichen Jahre“ von Johannes Biegand und Georg Büchler, dessen Erstaufführung am Freitag, den 8. Mts., stattfand, wird von den Damen Hedwig Holm und Margarete Bir, sowie von den Herren Karl Dapper, Rudolf Esfel, Paul Gemmede und Fritz Herz dargestellt. Inszenierung: Otto Kienhöfer. Beginn der Vorstellung: 7 Uhr.

Reichens-Theater.

Waldstraße, bringt Mittwoch, Donnerstag und Freitag einen ganz außerordentlichen Spielplan, welcher u. a. enthält: „Der Trödel von Prag“ oder „Der Jude von Prag“, ein fantastisches Spiel in 4 Akten von Robert Reinert, Regie von Walter Schmidt. Hugo Halm ist wieder unübertrefflich als Prinz Anastasius von Griconien in dem köstlichen Lustspiel „Hohheit Madieschen“, 3 Akte. Flieger zur See ist ein wieder überaus interessanter militärisch amüsierender Film des Film-Ant Berlin in 2 Akten. Kommen Samstag wird „Das Tagebuch des Dr. Dact“ gezeigt, Film in 1 Vorspiel und 3 Akten mit Käthe Haal, Adolf Klein, Dagmar Servaes, Ernst Hoffmann und Heinrich Schröth (letzte beiden waren Hermann Portens Partner in „Gräfin Kichenfee“) in den Hauptrollen.

Die Lage im neuen Rußland.

Stockholm, 7. März. Nach einer Satos-Meldung aus Petersburg vom 5. März ist die russische Friedensdelegation an diesem Tage zurückgekehrt und hat abends dem Zentralausschuß der Sowjets Bericht erstattet. — Weiter heißt es in der Meldung: Der Text des Friedensvertrages wird wahrscheinlich morgen veröffentlicht werden. Nach den letzten Berichten sind die Feindseligkeiten an allen Fronten eingestellt. Auf der nördlichen machten die Deutschen in der Linie Narva—Witow—Witebsk—Möhlow—Orscha Halt. Ein Telegramm aus Gelsingfors meldet, daß die Deutschen auf den Waldlandstruppen landen. Die hauptstädtliche Bevölkerung verläßt Petersburg in großen Massen und, da die Verkehrsmittel außerordentlich dürftig sind, begeben sich zahlreiche Personen nicht auf der Eisenbahn, sondern auf Wagen und zu Fuß nach anderen Orten.

W.B. Neuport, 6. März. (Nicht amtlich.) Die Associated Press meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten sind grundsätzlich mit Japan, Großbritannien und anderen Alliierten zu einer Übereinkunft über das Vorgehen in Schweden gelangt. Die Einzelheiten bleiben jedoch noch auszuarbeiten.

W.B. Stockholm, 5. März. (Nicht amtlich.) Laut der linkssozialdemokratischen Zeitung „Politiken“ wurde am 1. März ein Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen Rußland und Estland ordnet. Rußland tritt alles unbefugte Eigentum ab, Gebäude, Fabriken, Telegraphen, Eisenbahnen, beschlagnahmte Schiffe, Festungen, sowie die Orte an Estland. Finnland tritt die Eisenbahn von Kalfajari bis Petersburg ab, sowie die Telegraphenleitungen nach Rußland. Die Festung Ino wird russisch. Rußland verleiht den finnischen Arbeitern alle Rechte und Finnland läßt den Russen Erleichterungen. Außerdem zieht Rußland sofort seine Truppen aus Finnland zurück. Das Telegramm ist unterzeichnet von dem Vorsitzenden des finnischen Volkstages (Nofis des W.B.): Es handelt sich offenbar um einen Vertrag zwischen der russischen und der finnischen sozialdemokratischen Rebeaterung in Gelsingfors.)

Der Ausschuss für Volksernährung der Zweiten Kammer legte gestern nachmittag die Beratung der Ernährungsbeschaffung über ihre Maßnahmen während des Krieges fort. Bei der Behandlung des Abschnittes V über die Maßnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens wurde der Wunsch geäußert, eine weitere Ausdehnung des kriegsgeldlosen Verlehrs bei den Staatskassen ins Auge zu fassen. Es wurde angeregt, auch die Eisenbahnen möchten die Zinskoupons der Kriegsanleihen, wie es die Post tut, in Zahlung nehmen.

Aus dem Ausschuss für Volksernährung.

Der Ausschuss für Volksernährung der Zweiten Kammer legte gestern nachmittag die Beratung der Ernährungsbeschaffung über ihre Maßnahmen während des Krieges fort. Bei der Behandlung des Abschnittes V über die Maßnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens wurde der Wunsch geäußert, eine weitere Ausdehnung des kriegsgeldlosen Verlehrs bei den Staatskassen ins Auge zu fassen. Es wurde angeregt, auch die Eisenbahnen möchten die Zinskoupons der Kriegsanleihen, wie es die Post tut, in Zahlung nehmen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Partei, Mitgliedschaft Karlsruh. Am kommenden Samstag Abend 10 Uhr findet im Lokal „Zum Krappen“ eine Parteiverammlung statt. Genosse Kellert wird einen Vortrag halten. Wir erwarten von sämtlichen Parteimitgliedern, daß sie in der Versammlung erscheinen. Insbesondere sind die dem Bürgerausschuß angehörenden Genossen eingeladen. Auch „Volkstreuend“-Refer sind freundlich und herzlich willkommen.

Baden.

Mannheim, 6. März. In ihrer Wohnung hat sich gestern nachmittag eine 74 Jahre alte Privatbedienstete vermuldlich infolge geistiger Unmachtung durch Erhängen das Leben genommen.

Seebach, 6. März. Eine vor kurzem hier stattgehabte Versammlung der Müller der nördlichen Bezirksämter Badens erloschte die badische Regierung und die Landstände, daß in dem gemäß dem Antrag der Arbeiter der rechtsstehenden Vereinigung der Zweiten Kammer den Landwirten gestatte wird, aus dem ihnen zustehenden Getreide auch Weismehl herzustellen zu lassen.

Wuppertal, 7. März. Gestern früh gegen 5 1/2 Uhr ist im Bahnhof Appentwer ein einfa... mit dem in der Ausfahrt begriffenen Personenzug 643 zusammengefallen. Der Zugführer des Güterzugs ist tot; vom übrigen Zugpersonal sind zwei Mann leicht verletzt. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen. Der Personenzug nach und von Stragburg war kurz unterbrochen. (3.)

Weinheim, 7. März. In Hohentauschen wurde die Mühle des Schloss Reichold und in Laudenbach wurde die Mühle der Ehefrau Weisbach wegen Verfehlungen gegen die Wahlvorschriften geschlossen.

Strass, 7. März. Der 40jährige Landsturmann Kruse sollte einen säuber beladenen Wagen in eine Voreinfahrt lenken. Er nahm dabei jedoch die Drehung zu kurz und geriet zwischen den Wagen und den Torpfosten. Kruse erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er starb.

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Repsbau. Eine man... den Kreis... dem Flachs... Aufgabe gemäß Sturm und Entzerrung des Reps... empfehlen. Eine gen. Dem...

Letzte Nachrichten.

Beschließen zum Friedensvertrag.

Berlin, 7. März. Der Abschluß des Vorfriedens mit Rumänien befürcht, wie die „Germania“ schreibt, im deutschen Volk die begründete Hoffnung, daß sein Friedenswille sich nach Osten in absehbarer Zeit vollkommen durchsetzen wird. Wenn der Ostfrieden nicht in jedem seiner Teile genau dem Bilde gleicht, das die Theorie entworfen hatte, so liegt der Fehler nicht auf der Seite des Verbundes, sondern da, wo die Bolschewisten ihre Parteinteressen erheblich über das Friedensinteresse stellen. Deutschland steuert auf einen dauerhaften Frieden zu. Wenn er im Wege der Verständigung sich nicht erreichen läßt, weil bei unseren Gegnern ein genügend gutes Willen fehlt, so wird es nicht unsere Schuld sein, wenn wir nach anderen Mitteln greifen. Das ist die große Lehre, die die Westmächte aus dem Frieden im Osten ziehen sollten. Wir wollen Sicherheit für den geschlossenen Frieden.

Berlin, 7. März. Die „Post“ schreibt in einem Nachwort zu Breitwitowsk: Die Bedingungen, die wir unserem östlichen Nachbar stellen mußten, waren nicht von Eroberungsgelust, sondern ganz allein von der Rücksicht auf die deutsche Landesverteidigung, die militärische und die politische, vorgezeichnet. Bei uns ist die im Friedensvertrag enthaltene Erklärung, daß wir in Freundschaft mit Rußland zu leben wünschen, ehrlich gemeint.

Berjenski.

W.B. Rotterdam, 6. März. (Nicht amtlich.) „Maasbode“ gibt außer dem bereits gemeldeten noch folgende englisch Dampfer als im Januar berijenski an: „Andenik“ (13 405 To.), „Mechanician“ (9044 To.), „Manhattan“ (8117 To.), „Glenancy“ (7269 To.) und „Maxton“ (5094 To.). Der englische Dampfer „Meider“ mit 1353 To. ist gefunken.

W.B. Haag, 5. März. (Nicht amtlich.) Dem Korrespondenzbüro zufolge wurde dem Ministerium des Äußeren von dem niederländischen Gesandten in London berichtet, daß der

niederländische Dampfer „Grenolint“ am Donnerstag torpediert worden sei. Die eine Hälfte der Besatzung sei getötet, die andere werde noch vermisst.

Vereinsanztelger.

Karlsruhe (Sängerbund „Vorwärts“). Zu einer wichtigen Besprechung eruchen wir unsere Mitglieder, besonders die Sänger, sich am Samstag Abend 8 Uhr im Vereinslokal einfinden zu wollen. Um mündliche Weiterverbreitung wird erucht.

Durlach (Freie Turnerschaft, geg. 1890). Samstag, den 9. März, abends punkt 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Lamm“. Hochwichtiger Tagesordnung halber werden alle noch anwesenden Mitglieder erucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rühl, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Poststraße 24.

Domino-Preisauflage.

Die auf nebenstehenden Dominosteinen vermerkten Buchstaben ergeben, richtig geordnet, ein bedeutungsvolles Wort. Unter die Einsender der richtigen Lösung gelangen die nachstehend verzeichneten Gegenstände gratis zur Verteilung:

Vollst. Tafelservice	Wert M. 400	Sprechapparat	Wert M. 150
Gold, Herren- und Damen-Armband-Uhr	je „ 200	Photograph. Apparat	im Werte von je „ 20
Stoff zum seldenen Kleide	200	5 Preise	„ „ 5
		20 Preise	„ „ 5

Für obige Gegenstände zahlen wir auf Wunsch auch den Barbetrag aus. Ferner gelangen zur Verteilung: **20000 Trospreise im Werte von je Mk. 2.—**

Schicken Sie noch heute Ihre Lösung in verschlossenem, mit 15 Pfg. frankiertem Briefumschlag unter genauer Angabe Ihrer deutlich geschriebenen Adresse ein. **Sie verpflichten sich zu nichts.**

Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen die Realität unseres Unternehmens. Briefe aus dem Felde können nicht beantwortet werden. Falls Sie Auskunft wünschen, ob Ihre Lösung richtig ist, erhalten Sie dieselbe innerhalb 14 Tagen und wird Ihnen dann zugleich der Termin der Preisverteilung bekanntgegeben. In diesem Falle ist der Lösung Rückporto für unsere Auskunft, d. i. für Porto, Schreiblohn und Drucksache beizufügen. **Schreiben Sie noch heute an**

Bären-Verlag, Charlottenburg 17.



Auskunftei Bürge

300 Geschäftsstellen
Garantiedepot Mark 200 000.
Einzels- und Abonnements-Auskunftei für jedermann

Friedrichsplatz 2, Tel. 455

Hilfsarbeiter

auf sofort gesucht.

Städt. Milchamt
Jähringerstraße 47.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Staassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopol-)Bäder.

Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm.
Samstags bis 9 1/2 Uhr.
Sonntags geschlossen.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen.

Bekanntmachung.

Karlsruher Lokalbahnen.

In unserer Bekanntmachung vom 27. Februar 1918 ist infolge eines Schreibfehlers unter Ziffer 3 der Preis der Arbeiter- und Schülerwochenkarten für tägliche einmalige Hin- und Rückfahrt mit 1,35 Mk. statt richtig mit 1,85 Pfg. für den Kilometer unter Aufrundung auf die nächste durch 10 teilbare Zahl angegeben.

Karlsruhe, den 5. März 1918.
Der Stadtrat.

AUSSTELLUNG

von

Ersatzsohlen, Leder-Ersatzstoffen und Kriegs-Schuhwerk

vom 5.-10. März 1918
in den Räumen des

Großherz. Landesgewerbeamtes, Karlsruhe,
Karl-Friedrichstr. 17,
veranstaltet von der

Ersatzsohlen-Gesellschaft m. b. H., Berlin
(dem Reichswirtschaftsamt unterstellt)
geöffnet von 10-5 Uhr ununterbrochen.

Eintritt frei!

Vorteilhafte Angebote

in

Damen-Schürzen

schwarz und farbig

:: nur prima Stoffe ::

Paul Burchard

Kaiserstrasse 143.

Brennholz-Verkauf

Tannenholz
kurz gefägt und gespalten,

pro Zentner 5 Mk.,
zu verkaufen.

Brucks & Hörner,
Kaiserallee 97.

Fröbel-Seminar

Für Fröbelsche Kinderpflegerinnen beginnt Ostern wieder ein Kurs. Dauer 1 Jahr.

Auskunft und Prospekte Karlsruhe, Hirschstrasse 126.
Geschäftsstunden täglich, ausser Samstags, 3-4 Uhr
Der Vorstand der Abteilung II. des Bad. Frauenvereins.

Gesucht zum möglichst sofortigen Eintritt ein tüchtiger selbständiger

Blechner.

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.
Bannwaldallee 1.

Heizer gesucht.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt zuverlässigen

Heizer

Militärfreier Schlosser bevorzugt.

Rapp & Sohn, Tabakfabrik, Mühlacker (Württemberg).
Berpfelegungsverhältnisse in Mühlacker sind sehr gut.

Papier.

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschäben, Bücher, Papierschäben aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitlung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.

Einige geübte

Möbelträger

gesucht.

Eugen von Steffelin.

Druckarbeiten

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Johannes Weber von Queichheim, Schloffer hier, mit Karolina Brägel, Witwe geb. Eberl von Karlsruhe, Queichheim. Friedrich Nagels von hier, Obermeister-Zwischenhändler hier, mit Mathilde Anna Behner von hier, S. Gerbrach von hier, Heizer hier, mit Rosa Kroh von hier.

Geburten. Hans Adolf, B. Fris Schmidt, Professor, Württemberg, Friedrich, B. Wilhelm Meier, Barfer, Firmin Ignaz, B. Johann, Besold, Bahnarbeiter.

Todesfälle. Jakob Schiefer, Witwer, Schreiner, 71 J. alt, Erlau, 9 Tage alt. E. Friedrich Meher, Schneider, Friedrich Jenker, Handelskassierer, 18 J. alt. Johannes Belzer, ledig, Bismarck, 22 J. alt. Albertine Giesinger, 50 J. alt. Witwe von Gottlieb Giesinger, Bauführer. Luise Widmaier, 43 J. alt. Frau von Gottlob Widmaier, Wirt, Karoline Peder, 58 J. alt. Ehefrau von Valentin Peder, Werführer.

Achtung für Schuhkurse!

Stiefelbeschlagnene Schuhleisten in allen Größen sind einzeln und zu haben in der

Lederhandlung Ed. Feisch,
Mühlweg, Rheinstraße 83.